



Alexander Kritikos, Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Die letzte Beteiligung des IWF an einem Programm der Europäischen Union

Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist nun scheinbar wieder Teil des dritten Rettungspakets für Griechenland. Denn letzte Woche billigte der Fonds „grundsätzlich“ einen Bereitschaftskredit in Höhe von 1,6 Milliarden Euro, den Griechenland weder benötigt noch abrufen wird. Zumindest ist so die Form gewahrt, schließlich sind laut Beschluss des deutschen Bundestags Zahlungen aus dem dritten Hilfspaket an eine solche Beteiligung des IWF geknüpft.

Interessanter sind die Bedingungen, die der IWF an eine Auszahlung stellt. Griechenland soll seinen Reformkurs fortsetzen. Und die europäischen Gläubiger sollen Griechenland weitere Schuldenerleichterungen gewähren und den von Griechenland eingeforderten Primärüberschuss, also den Saldo von Staatseinnahmen und -ausgaben vor Zinszahlungen, von derzeit 3,5 auf 1,5 Prozent reduzieren.

Angesichts der Tatsache, dass der IWF-Kredit nicht benötigt wird, kommen die Bedingungen wie ein zahnloser Papiertiger daher. Dennoch lohnt ein Blick auf sie. Punkt eins: Zweifelsohne braucht Griechenland weitere Reformen, aber welche? Der IWF fordert, Griechenland solle Güter- und Dienstleistungsmärkte für die Konkurrenz öffnen. Ein Evergreen, der wenig bewirkt, solange nicht tiefgreifendere Reformen angegangen werden. Denn eine solche Öffnung von Märkten setzt erst dann Marktkräfte frei, wenn diese Öffnung begleitet wird von Strukturreformen, etwa von einer effizienteren Ausgestaltung der Verwaltungsstrukturen, von einem verlässlicheren Steuersystem mit akzeptablen Steuersätzen, oder von einer Beschleunigung von Zivilprozessen zur gerichtlichen Durchsetzung von Vertragsansprüchen. Leider gibt es bei diesen Reformvorhaben seit sieben Jahren keine Fortschritte. Und man kann nicht nachvollziehen, warum die europäischen Gläubiger wie auch der IWF diese Reformen kaum mehr ansprechen.

Punkt zwei: Weitere Schuldenerleichterungen. Ob Griechenland die benötigt, hängt vom Szenario über die zukünftige Wirtschafts- und Inflationsentwicklung ab. Bei guter

Wirtschaftsentwicklung in Griechenland und etwas höheren Inflationsraten dürfte der Kapitalwert der griechischen Staatsschuld angesichts der bereits erhaltenen Erleichterungen bei unter 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Schuldenerleichterungen wären dann wohl nicht mehr nötig. Aber der IWF sieht das anders. Er hat in den vergangenen Jahren viel zu positive Prognosen über das griechische BIP gemacht. Meist klaffte eine Lücke von fünf Prozentpunkten zwischen IWF-Prognose und tatsächlicher Entwicklung. Nun hat man im IWF die „Lektion“ gelernt, und prognostiziert dauerhaft niedrige Wachstumsraten für die nächsten 20 Jahre. Der Pessimismus wird nicht näher begründet, führt aber dazu, dass die Rückkehr Griechenlands an die Kapitalmärkte erschwert wird.

Punkt drei: Absenken des von Griechenland geforderten Primärüberschusses. Hier trifft der IWF einen wichtigen Punkt, auch wenn es noch besser wäre, die Vorgaben für den Primärüberschuss mit einer wachstumsabhängigen Komponente zu versehen. Denn die griechische Wirtschaft braucht keine Steuererhöhungen, wie im Rahmen des dritten Rettungspakets zuletzt durchgeführt, sondern Steuersenkungen. Die Belastung etwa für griechische Selbständige aus Steuern und Sozialabgaben beträgt mittlerweile 70 Prozent, die Unternehmenssteuern sind höher als in den angrenzenden Nachbarstaaten und die hohe Umsatzsteuer tut ein Übriges. Steuersenkungen bei verbesserter Durchsetzung der Steuergesetze wäre derzeit das Gebot der Stunde, um ein besseres Investitionsklima zu schaffen. Derzeit werden die Unternehmen eher vergrault.

Dennoch wird der IWF mit dem Wunsch nach einem maßvolleren Primärüberschuss, der solche Steuersenkungen möglich macht, in Europa weiter auf taube Ohren stoßen. Da ist es kein Wunder, dass der deutsche Finanzminister kürzlich verkündet hat, der IWF würde zukünftig in kein weiteres europäisches Programm einbezogen. Nur: Solange die europäischen Gläubiger weiterhin auf diesem hohen Primärüberschuss beharren, werden sie Mitverantwortung für die verlangsamte Rekonvaleszenz des griechischen Dauerpatienten tragen.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
84. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Dr. Crijte Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Sebastian Kollmann  
Markus Reiniger  
Mathilde Richter  
Dr. Alexander Zerrahn

#### Lektorat

Dr. Franziska Bremus

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.